NZZ

Albert Rösti will mit Atomstrom die Klimawende retten

Der Bundesrat schlägt vor, das Neubauverbot für Kernkraftwerke zu streichen. Damit gibt er den Urhebern der Blackout-Initiative in einem zentralen Punkt recht.

Andri Rostetter

13.08.2025, 17.27 Uhr 3 min

Das Atomkraftwerk Gösgen liefert seit 1979 Strom.

Imago/Andreas Haas

Neue Kernkraftwerke sollen wieder möglich werden. Das will der Bundesrat. Er hat am Mittwoch die Botschaft zum indirekten Gegenvorschlag zur sogenannten Blackout-Initiative verabschiedet. Der Bundesrat reagiert damit auf eine Kernforderung der Volksinitiative. Die Initiative mit dem vollen Titel «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» will in der Bundesverfassung festhalten, dass die Stromversorgung jederzeit sichergestellt sein muss und der

Bund die Verantwortlichkeiten festlegt. Damit fordert sie indirekt, dass das Neubauverbot für Kernkraftwerke aufgehoben wird, das seit dem Ja des Stimmvolks zum Energiegesetz im Jahr 2017 gilt.

Bereits vor einem Jahr machte der Bundesrat deutlich, dass er die Initiative ablehnt. Für den Bau neuer Kernkraftwerke brauche es keine Verfassungsänderung, eine Anpassung auf Gesetzesstufe genüge, argumentierte er. Auch eine Neuregelung der Verantwortlichkeiten sei nicht notwendig. Bereits heute sei in der Verfassung festgelegt, dass sich Bund und Kantone die Aufgaben bei der Energieversorgung teilen. Die Initiative könnte dagegen neue Unsicherheiten in der Stromversorgung schaffen, weil sie den Betrieb von Reservekraftwerken infrage stellt.

Keine Konkurrenz für Erneuerbare

In einem zentralen Punkt gab der Bundesrat den Initianten recht. Es sei unbestritten, dass der Strombedarf in den kommenden Jahren weiter steigen werde. Nebst dem Bevölkerungswachstum sei das Netto-Null-Ziel bis 2050 ein Treiber dieser Entwicklung. Zudem habe die verschärfte Energieversorgungslage seit Beginn des Ukraine-Krieges im Frühjahr 2022 dazu geführt, dass Strom nicht mehr zu jeder Zeit in passender Menge importiert werden kann.

Das Klimaziel könne aber nur erreicht werden, indem fossile Energien konsequent durch klimaschonenden Strom ersetzt werden. Dafür sei Technologieoffenheit eine zentrale Voraussetzung. Der Bundesrat schlug deshalb vor, die beiden Bestimmungen zum Rahmenbewilligungsverbot für neue

Kernkraftwerke und für Änderungen bestehender Kernkraftwerke im Kernenergiegesetz ersatzlos zu streichen.

Will mehr Handlungsfähigkeit in der Energiepolitik: Bundesrat Albert Rösti am Mittwoch vor den Medien in Bern.

Anthony Anex / Keystone

Die Botschaft, die der Bundesrat nun am Mittwoch zuhanden des Parlaments verabschiedet hat, zeigt gegenüber der Vernehmlassungsvorlage kaum Änderungen. Es gehe in der Vorlage nicht darum, den Bau neuer Kernkraftwerke zu beschliessen, schreibt der Bundesrat. Es lägen derzeit auch keine konkreten Projekte vor. Zudem werde der Gegenvorschlag das Investitionsklima und die Planungssicherheit für den Ausbau erneuerbarer Energien in keiner Weise beeinträchtigen. Für diese Technologien stünden weiterhin die im Energiegesetz verankerten Förderbeiträge bereit.

Grüne drohen mit Referendum

Auf links-grüner Seite stösst der Vorschlag dennoch auf heftige Kritik. Mit dem Ja zum Stromgesetz 2024 habe das Volk die Energiewende klar bestätigt, schreibt die Allianz Atomausstieg in einer Mitteilung. «Eine Kursänderung sabotiert die Entfaltung dieses Gesetzes.» Auch die GLP hält fest, dass die Aufhebung des Neubauverbots neue Unsicherheiten schaffen und den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren ausbremsen würde.

Die Grünen gehen noch einen Schritt weiter. Die Partei kündigt bereits das Referendum an für den Fall, dass das Parlament dem Vorschlag des Bundesrats zustimmt.

Bürgerliche Parteien, Wirtschaftsorganisationen und Stromwirtschaft begrüssen den Gegenvorschlag. Die Möglichkeit, Gesuche für neue Kernkraftwerke einzureichen, bedeute nicht automatisch deren Bau, sondern stärke die direkte Demokratie, schreibt das Nuklearforum Schweiz. Zudem unterstütze die Aufhebung des Verbots den Langzeitbetrieb bestehender Anlagen, den Erhalt von Fachwissen und Investitionen in Forschung und neue Technologien.

Aus Sicht des Branchendachverbands der Schweizer Stromwirtschaft VSE schafft der Bundesrat damit bessere Voraussetzungen für die Versorgungssicherheit. Trotz klarer Zustimmung zum Stromgesetz mangele es oft an Akzeptanz für einzelne Energieprojekte. Je mehr technologische Optionen die Schweiz habe, desto grösser bleibe ihre Handlungsfähigkeit.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.